KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. – 13. Januar 2023

Die französische Premierministerin Elisabeth Borne hat am 10. Januar die Pläne der Regierung für die umstrittene Rentenreform vorgestellt. (siehe auch Übersichtsdokument) Die Reform sieht vor allem vor, das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2030 von aktuell 62 schrittweise auf 64 Jahre anzuheben. Wer abschlagsfrei in Rente gehen möchte, muss in Zukunft 43 Jahre Beiträge einzahlen. Eine höhere Mindestrente in Höhe von 1.200 Euro ist vorgesehen. Bei den französischen Gewerkschaften stößt die Reform auf heftigen Gegenwind. Erste Streiks sind für den 19. Januar angekündigt.

Die Staatssekretärin für Ökologie, Bérangère Couillard, hat am 9. Januar 14 Maßnahmen zur Sicherung der Jagdpraxis in Frankreich vorgestellt. Bei der Jagdsaison 2021-2022 kam es zu 90 Unfällen (Körperverletzungen im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Jagdwaffen), gegenüber 80 in der vorangegangenen Saison. Darunter waren acht tödliche Unfälle - bei zwei Opfern handelte es sich um Spaziergänger – was zu Forderungen eines Jagdverbotes für Sonntage führte. Von einem Verbot sah die Regierung ab, vorgesehen ist hingegen das Jagen unter übermäßigem Alkoholeinfluss zu bestrafen.

Angesichts der Wut vieler Handwerker über steigende Energiepreise präzisierte die Regierung ihre Maßnahmen zur Senkung der Energierechnung von Kleinstunternehmen. Der garantierte Tarif für Stromverträge liegt nun bei „280 Euro pro Megawattstunde für das Jahr 2023“, wie Wirtschaftsminister Bruno Le Maire bekannt gab. Der Tarif, der 600.000 Kleinstunternehmern garantiert wird, wurde am 6. Januar bei einem Treffen zwischen den Energieversorgern und dem Wirtschaftsministerium festgelegt. Der Schwellenwert gilt vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 für Verträge, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 unterzeichnet wurden.

Spanien und Frankreich werden auf ihrem nächsten bilateralen Gipfeltreffen am 19. Januar in Barcelona einen Freundschaftsvertrag unterzeichnen, wie die Sprecherin der spanischen Regierung am 10. Januar, bekannt gab. Der sogenannte Vertrag von Barcelona ist seit Monaten in Vorbereitung und scheiterte laut diplomatischen Quellen lange an den Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Hauptstädten in der Frage des Pipelineprojekts MidCat. Ende 2022 einigten sich die beiden Regierungen und Portugal schließlich darauf, die Gaspipeline zu begraben und durch ein Projekt zum Bau einer Hydrogenpipeline von Barcelona nach Marseille zu ersetzen. Die regierenden Unabhängigkeitsbefürworter in Katalonien, haben zu Protesten gegen den Gipfel aufgerufen.

Die Franzosen sind sich nicht einig, was die Nutzung von erneuerbaren Energien und Atomstrom betrifft. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Odoxa Backbone Consulting befürworten 7 von 10 Franzosen das am 10. Januar votierte Gesetz zu den erneuerbaren Energien: Die französische Regierung will bis 2050 die Produktion von Solarenergie verzehnfachen, 50 Offshore-Windparks errichten und die Produktion von Onshore-Windkraftanlagen verdoppeln. Obwohl die Franzosen eine Beschleunigung der erneuerbaren Energien befürworten, sind sie nach wie vor geteilter Meinung, was die zu bevorzugende Energiequelle angeht. Für 52% müssen erneuerbare Energieträger Vorrang haben. Für 47 % liegt die Lösung eher in der Kernenergie – im bürgerlich-konservativen Lager sogar bei 63%. Auch das Lager der Regierungsmehrheit ist sich uneinig (52 % für erneuerbare Energien, 48 % für Atomkraft). Die Ministerin für den Energiewandel, Agnès Pannier-Runacher kündigte am 11. Januar an, im Juni 2023 den Gesetzentwurf für das „Fünfjahresprogramm für Energie und Klima“ vorlegen zu wollen. Die Frage der Wiederbelebung der Kernenergie steht im Mittelpunkt dieses Gesetzes.

Am Pariser Nordbahnhof ist am 11. Januar ein Mann mit einem spitzen Gegenstand auf Reisende losgegangen. Dabei wurden sechs Personen verletzt, bevor der Täter neutralisiert werden konnte. Zu den Verletzten zählt auch ein Polizist der Grenzpolizei (PAF). „Der Täter ist ein Libyer, der im Jahr 2000 geboren wurde. Er unterlag einer Verpflichtung, das französische Hoheitsgebiet zu verlassen. Da er die libysche Staatsangehörigkeit besitzt, konnte Frankreich ihn aufgrund der dort herrschenden Instabilität nicht in sein Land abschieben“, berichteten mehrere Polizeiquellen. Das Motiv des Täters ist bisher nicht geklärt.

350 Personen haben am 7. Januar an einem von der ultrarechten Bewegung „Fierté Paris“ (Stolz Paris) organisierten Fackelmarsch in Paris teilgenommen. Die Pariser Polizeipräfektur hatte auf Anweisung von Gérald Darmanin ein Verbot per Erlass angekündigt, da „ein starkes Risiko für Störung der öffentlichen Ordnung‘ bestünde. In einer Pressemitteilung hatte die Polizeipräfektur außerdem betont, dass aufgrund der „starken Mobilisierung der Ordnungskräfte an diesem Tag bei mehreren weiteren Veranstaltungen die Sicherheit der Teilnehmer des Marsches und der Anwohner nicht vollständig gewährleistet werden könnte". U.a. fanden am 7. Januar auch Demonstrationen der Gelbstwestenbewegung statt. Das ursprüngliche Verbot des Fackelmarsches durch die Polizeipräfektur wurde vom Pariser Verwaltungsgericht jedoch kurzfristig aufgehoben.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Am 12. Januar fand ein Treffen zwischen der Premierministerin Elisabeth Borne, dem LR-Parteivorsitzenden Eric Ciotti, dem LR-Fraktionsvorsitzenden in der Nationalversammlung Olivier Marleix, sowie dem Fraktionschef der Républicains im Senat Bruno Retailleau bezüglich der Rentenreform statt. Eric Ciotti betonte, dass „wichtige Forderungen“ seiner Partei aufgegriffen wurden. „Nicht wir werden über die Reform der Regierung abstimmen, sondern die Regierung von Élisabeth Borne wird mit ihrer Mehrheit über die Reform abstimmen lassen, die wir seit mehreren Jahren im Senat vertreten", so der Chef der LR-Senatoren Bruno Retailleau.

DIE ZAHL DER WOCHE

Airbus hat im Jahr 2022 661 Flugzeuge ausgeliefert, wie der europäische Flugzeughersteller am 10. Januar bekannt gab - weit entfernt von den ursprünglich geplanten 720, da die Zulieferer Schwierigkeiten hatten. Das Unternehmen erhielt 820 Nettoaufträge. Das multinationale Unternehmen überholt somit Boeing, das laut einer Pressemitteilung des Unternehmens 808 Nettobestellungen verzeichnete.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich